

Bundes- und Landtagswahlen in MV

Unser Appell an die Politik

Nach wie vor ist es für klein- und mittelständische Unternehmen schwierig, ihre Bedürfnisse an die Politik heranzutragen, da sie, von außen betrachtet, heterogen wirken und es ihnen aufgrund begrenzter Ressourcen nicht immer möglich ist, ihre Anliegen persönlich vorzubringen - im Gegensatz zu Großunternehmen und Konzernen. Daher setzen wir uns als Verband stellvertretend für unsere Mitgliedsunternehmen ein, um ihre Interessen mit Nachdruck zu vertreten. Als branchenübergreifender Verband bilden wir gleichzeitig die Vielfalt des hiesigen Mittelstandes ab, die für ein stabiles Wirtschaftssystem so wichtig ist.

Ein regelmäßiger Austausch mit Politik und Verwaltung ist dazu unerlässlich und muss auf Landes- und auf Bundesebene geführt werden, um eine wirkliche Mittelstandspolitik mehr in den politischen Fokus zu rücken. Wirtschaftspolitik kann sich nicht nur auf Industrie und Großkonzerne ausrichten. Sicher sind Schlüsselindustrien wie Schifffahrt, Automobil und Luftfahrt sowie Großkonzerne wie Adidas, TUI und Galeria Kaufhof wesentliche Pfeiler unseres deutschen Wirtschaftserfolges, dabei darf es jedoch kein Vernachlässigen des Mittelstandes geben. Dieser »tickt« anders. Geschäftsmodelle und Investitionsbereitschaft und auch Werte- und Führungsverhalten unterscheiden sich deutlich.

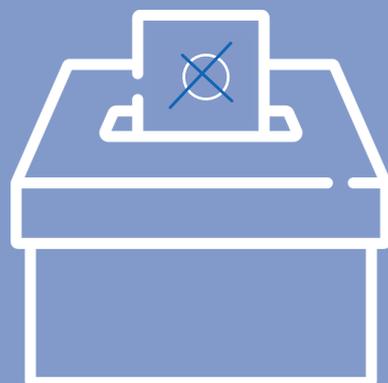
Die tiefe Verwurzelung von mittelständischen Unternehmen in der Gesellschaft ist ebenfalls ein entscheidender Faktor. Die Mehrzahl dieser Unternehmen nimmt ihre Verantwortung gegenüber Politik, Verwaltung, Gesellschaft und anderen Unternehmen wahr - das Leitbild des ehrbaren Kaufmanns ist für viele selbstverständlich. Sie gehören zum Stadtbild, sie sponsern Vereine, unterstützen ehrenamtliches Engagement in Feuerwehren und Kindergärten - kleine Unternehmen und zunehmend auch wieder Familienunternehmen mit langjähriger Tradition sind daher nicht wegzudenken - vor allem in ländlichen Regionen gehören sie zum sozialen Kit.

Globale Entwicklungen und Herausforderungen treffen diese Unternehmen jedoch im gleichen Maße

wie Industrie und Großkonzerne. Beispielsweise ist »Nachhaltiges Wirtschaften« ein Credo der Zukunft und stellt besonders kleine und mittelständische Unternehmen vor Aufgaben, die es mit förderlichen Rahmenbedingungen zu begleiten gilt. Wir brauchen eine mittelstandsorientierte Politik - auf allen politischen Ebenen: Kommune, Land, Bund und EU. In den Wahlprogrammen der einzelnen Parteien wurden wirtschaftspolitische Ideen sehr unterschiedlich auf Landes- und Bundesebene aufgegriffen.

Als Vertreter der regionalen Wirtschaft haben wir proaktiv und lösungsorientiert eigene Punkte formuliert und laden Sie ein, sich mit diesen Themen am politischen Diskurs zu beteiligen. Damit verknüpfen wir konkrete Erwartungen an die, im künftigen Land- und Bundestag vertretenen, Fraktionen.

Im Juni 2021 kam das Präsidium des Verbandes im Rahmen eines Workshops zusammen, um entsprechende Themen zu diskutieren. Folgende zentrale Themen wurden zusammengetragen und über die Vergabe von Wichtungen in eine Rangreihe gebracht. Bei gleicher Anzahl an Nennungen teilten sich einige Themen denselben Rangplatz - waren also aus Sicht der Präsidiumsmitglieder gleich bedeutend.



Eine förderliche Mittelstandspolitik muss:

1. **Nachhaltiges Wirtschaften fördern** //
Fach- und Hilfskräftesicherung deutlich mehr unterstützen
2. **Förderliche Rahmenbedingungen für den Mittelstand bieten** //
Leistungsgerechte Steuer- und Ausgabenpolitik ermöglichen
Bürokratieabbau umsetzen
Bildung neu denken
3. **»Global denken – lokal handeln«: heimische Wirtschaft in Europa und der Welt verstehen** //
4. **Konjunkturprogramm Mittelstand anschieben** //
Spezielle Landesthemen in MV aufgreifen und umsetzen
5. **Leistungsfähige Infrastruktur aufbauen, sicherstellen und erhalten** //
6. **Mit Vergabe regionale Wirtschaft stärken** //

Weiter aufbereitet stehen damit folgende Forderungen zur Bewältigung der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen an die Politik, aus Verbandsicht, im Zentrum.

1. **Mittelstand bei der Umsetzung eines »Nachhaltigen Wirtschaftens« unterstützen:**
 Unterstützung für Industriebranchen wiederum an übergeordneten Zielen wie Nachhaltigkeit, gesellschaftliche Verantwortung, regionale Wertschöpfungsketten und ressourcensparende Produktion koppeln

Insbesondere im Bereich der Energiewirtschaft kann sich MV als grünes Küstenland durch Fokus auf regenerative Energien von Wind, Solar, Biomasse und Geothermie als Vorreiter aktiven Klimaschutzes positionieren und damit zum wichtigen Taktgeber der Klimaneutralität werden. Wichtig ist hier, den Austausch zu den ortsansässigen Hochschulen zu verstärken, um Innovation und Forschung, unter Einhaltung sozialer, ökonomischer und ökologischer Aspekte, in alle Richtungen – von Wirtschaft zu Wissenschaft zu Gesellschaft und zurück – voranzutreiben. Insbesondere der Mittelstand profitiert bisher zu wenig vom Know-How der Wissenschaft und Möglichkeiten energieeffizientem und ressourcensparendem Wirtschaften. Digitale Technologien rund um Big Data, Cloud-Computing, IoT und künstliche Intelligenz bieten vor allem in der Energiebranche ungeahntes Potenzial, sei es in der Optimierung von Unternehmensprozessen als auch innerhalb von Wertschöpfungsketten der Energiewirtschaft. Die Anwendungsfelder reichen von der Zustandsüberwachung von Wind- und Solarenergie mithilfe von Sensoren, über Drohnen bis hin zu Wind- und Ertragsprognosen oder Vorhersagen der Stromnachfrage und Einspeisung in das Stromnetz. Zudem ließen sich mithilfe von KI die verschiedenen Sektoren besser koppeln und damit die Dekarbonisierung der Wirtschaft erst ermöglichen als auch durch Kombination mit energieeffizienten Technologien wie Wärmepumpenheizungen, KWK-Anlagen oder Elektroautos deutlich den Energieverbrauch senken und zur Energiesicherheit beitragen, ohne in teure elektrische Energiespeicher zu investieren. Ziel sollte es sein, diesen Technologie- und Wissenstransfer auch für andere Branchen sichtbar zu machen. Insbesondere die maritime Wirtschaft und auch die Automobilzulieferer aus MV benötigen weitere Unterstützung, um innovativ und wettbewerbsfähig zu bleiben. Gezielt unterstützt, können sie ebenfalls wichtiger Impuls-

geber für eine nachhaltige Industrie werden.

Die Corona-Krise hat gezeigt, globale Lieferketten bergen ein gewisses Risiko. Nicht nur für die Unternehmen selbst, sondern auch für die Gesellschaft, wenn wichtige Schutzausrüstungen, Nahrungsmittel oder andere Versorgungsgüter nicht geliefert werden können. Regionale Wirtschaft mit regionalen Wertschöpfungsketten sollten daher stärker gefördert werden, auch auf europäischer Ebene. Es ist davon auszugehen, dass sich das private und auch das wirtschaftliche Konsumverhalten vieler Industrienationen ändern wird. Qualität vor Quantität – Wertegesellschaft statt Wegwerfgesellschaft. Allein dieser Sinneswandel wird viele Geschäftsmodelle überdenkenswert machen. Statt grenzenloser Konsum stehen jetzt Sinn und Mehrwert im Vordergrund.

Es gilt hierbei die mittelständische Wirtschaft im Aufbau regionaler und ressourcensparender Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen und im Besonderen die Großindustrie am Kriterium Nachhaltigkeit zu messen.

2.

Fach- und Hilfskräftesicherung deutlich mehr unterstützen:

Weiterbildung und Qualifizierung von Beschäftigten fördern – Fachkräftezuwanderung vereinfachen – Arbeitsrecht entstauben und flexibel gestalten – Sozialpartnerschaft stärken – Gründung und Nachfolge stärken – Wertschätzung des mittelständischen Unternehmertums und seiner Angestellten in Politik und Gesellschaft

Der Strukturwandel stellt die Betriebe und ihre Beschäftigten vor große Herausforderungen. Digitalisierung und Internationalisierung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz und viele anderen Themen bei gleichzeitiger problematischer demografischer Entwicklung der Erwerbspersonenbevölkerung erhöhen die Anforderungen mit Blick auf die notwendigen Qualifizierungen auf allen Ebenen. Ganze Berufsgruppen oder Branchen verändern ihre Tätigkeitsprofile oder es entstehen ganz neue Tätigkeitsbereiche. Entsprechend hoch ist der Qualifizierungsbedarf. Viele Unternehmen können diese Anpassungen allein nicht leisten, so dass auch geförderte Weiterbildung nötig sein wird. Diese muss in hohem Maße auf die, sich verändernden, Arbeitswelten und den, sich wandelnden, Arbeitsmarkt ausgerichtet sein, was auch bedeutet, die Angebote und Strukturen der geförderten Weiterbildung stärker zu flexibilisieren.

Darüber hinaus ist das Angebot an qualifizierten Fachkräften, aber auch an Hilfskräften, bereits in vielen Branchen und Regionen sehr knapp, so dass ohne Zuwanderung die Nachfrage schon heute kaum gedeckt werden kann. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz schafft den Rahmen für eine gezielte und gesteigerte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus Drittstaaten. Aus unserer Sicht muss es hier Anpassungen geben. Nicht nur qualifizierte Fachkräfte, sondern auch Hilfskräfte und nach deutschem Verständnis »Ungelehrte« werden in unseren Unternehmen, vor dem Hintergrund des großen Personalbedarfs, dringend benötigt. Darüber hinaus sind die bürokratischen Hürden zu senken, um die Einwanderung zu erleichtern und zu beschleunigen.

Wir fordern mehr Unterstützung durch passfähige und flexible Förderprogramme von Weiterbildung und Qualifizierung, vereinfachte Fachkräfte- und Hilfskräftezuwanderung, ein flexibles Arbeitsrecht und auch die Akzeptanz der Tarifautonomie. Die Schere zwischen dem Verdienst der Angestellten in der privaten Wirtschaft in klein- und mittelständischen und Großunternehmen oder in den verschiedenen, durch Corona betroffenen, Branchen ist weiter auseinander gegangen. Viele klein- und mittelständische Unternehmen mussten ihre Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken, Gehaltseinbußen von 60% bis 67% sind im Niedriglohnbereich, wie beispielsweise im Tourismus und Einzelhandel, existenzbedrohend. Während es Großunternehmen möglich war und ist, das Kurzarbeitergeld aufzustocken, können kleine Unternehmen dies oftmals finanziell nicht leisten. Und auch der Wettbewerb zum öffentlichen Dienst ist gestiegen. In Krisenzeiten sind Lohnerhöhung bzw. voller Lohnausgleich in diesen Bereichen sehr kritisch zu sehen, werden aber aktuell erneut in den Tarifverhandlungen der Länder gefordert. Möglichkeiten des Home-Office und flexibler Arbeitszeiten können in vielen Bereichen der Verwaltung rege genutzt werden. Dies ist Handwerkern, Produktionsmitarbeitern oder Pflegerinnen im Gesundheitswesen nicht möglich. Soziale Marktwirtschaft kann nur funktionieren, wenn es den Unternehmen und Beschäftigten gleichermaßen gut geht und ihre Leistung nicht nur für das Subventionieren anderer Bereiche des Staates abgeschöpft wird.

Viele Mittelständler fragen sich, wer die Kosten der Pandemiekrise zahlt. Ohne die Unternehmen gibt es keine Arbeitnehmer und damit auch keine Steuereinnahmen für den Staat zur Finanzierung von Gehältern von Beamten, Tarifangestellten oder milliardenschwerer Rettungspakete.

Wir fordern von der Politik, dass diese die Wirtschaft als Basis einer sozialen Marktwirtschaft entsprechend wertschätzt und dazu beiträgt, eine wirtschafts- und unternehmerfreundliche Grundhaltung in unserer Gesellschaft zu prägen. Damit würde auch die Gewinnung von Mitarbeitern in den kleinen und mittleren Unternehmen, die Gründungsbereitschaft oder auch die Suche nach Nachfolgern Unterstützung erfahren.



// Foto: Eckhard Raff

Gedanken zu Unternehmertum und Wertschätzung

»Als Unternehmerversbandspräsident stelle ich oft fest, dass das Bild des »Unternehmers« oder der »Unternehmerin« in der öffentlichen Wahrnehmung kritisch oder verzerrt erscheint. Der Unternehmer – das unbekannte Wesen? Keineswegs! Die Wirtschaft und damit die Unternehmen, das ist nichts Abstraktes

oder schwer zu Greifendes, das sind nicht nur internationale Großkonzerne oder Unternehmen mit hunderten von Mitarbeitern. Die Wirtschaft, das sind auch der Inhaber eines Fahrradladens um die Ecke, der Metallbauer im Nachbarort, die selbstständige Kosmetikerin, der Handwerker, die kleine aber feine Werbeagentur und und und

Kleine und mittlere Unternehmen dieser Prägung machen über 99,5 % aller Unternehmen in Deutschland aus, sie stellen mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze und erwirtschaften dabei mehr als jeden zweiten Euro der Nettowertschöpfung. Der spezifische Charakter dieser Unternehmen zeichnet sich durch ein hohes Verantwortungsbewusstsein für die Entwicklung des Unternehmens und der Region, in der man angesiedelt ist, aus. Man hat eine größere Nähe zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie deren Arbeits- und Lebensbedingungen und ist an einer eher langfristigen Stabilität ausgerichtet. Gerade im ländlichen Raum sind diese Unternehmen eine echte Alternative und tragen dazu bei, dass auch außerhalb von Ballungsräumen noch gelebt und gearbeitet werden kann. Nicht selten engagieren sich gerade diese Unternehmer für soziale und gesellschaftliche Belange in der Region, unterstützen Schulen, spenden an den Fußballverein oder die örtliche Feuerwehr.

Trotzdem wird immer wieder versucht, Unternehmer und »den Arbeitgeber« gegen »den Arbeitnehmer« als sich gegenüberstehende Pole mit unvereinbaren Positionen darzustellen. Na klar, der Chef macht letztendlich die Ansagen und kümmert sich – meist um alles. Auch, dass die Unternehmen stabil am Markt bestehen, dass Krisen wie Corona überstanden werden, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ihre Arbeit und Existenz behalten.

Gerade unser hiesiger kleinerer Mittelstand nimmt seine Verantwortung für die Belegschaften sehr ernst. Längst ist in vielen Unternehmen ein gutes Miteinander an der Tagesordnung und selbstverständlich werden die Bedürfnisse beider Seiten betrachtet und ausgehandelt. Gemeinsam finden sich Lösungen. Unternehmerinnen und Unternehmer wissen, ohne die Mitarbeiter – kein Unternehmen, keine Dienstleistung, keine Produktion, kein Vorankommen.«

Thomas Tweer Präsident UV und Geschäftsführer | Diakonie Westmecklenburg-Schwerin gGmbH i. Gr. und Diakoniewerk Neues Ufer gem. GmbH

3.

Förderliche Rahmenbedingungen für den Mittelstand bieten:

Investitionen und gerechte Kostenverteilung in umweltverträgliche Technologien –Energie-wende und Mobilitätskonzepte als Bestandteil einer aktiven Umwelt- und Klimapolitik – Innovationen fördern: Anreize über Steuererleichterungen schaffen und Finanzierung erleichtern statt über Subventionen

Zur Förderung regionaler Wertschöpfungsketten gehört die Entwicklung der linearen Wirtschaft hin zu zirkulären Prozessen in Industrie, Handel und Gewerbe. Ziel muss es sein, eine Kreislaufwirtschaft zu etablieren, die es lokal und global schafft, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Wirtschaften zu vereinen. Dazu gehören auch Forschung und Investition in neue Technologien wie z.B. Künstliche Intelligenz, die helfen, digitale Lösungen zu entwickeln, die ressourcensparendes Wirtschaften ermöglichen, aber es beinhaltet auch Maßnahmen zur Dekarbonisierung von CO₂-intensiven Branchen wie Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Bauwirtschaft und Landwirtschaft durch die Verwendung regenerativer und recyclebarer Rohstoffe. Klimaschutz ist wichtig, da sind sich alle einig. Doch müssen der Wandel und die Kosten gerecht verteilt werden. Gemeinwohlorientierte Unternehmen aus Pflege, Gesundheit und Soziales haben im Vergleich zu Industriebranchen einen schwindend geringen CO₂-Abdruck und stehen dennoch vor derselben Herausforderung, wirtschaftliches Agieren möglichst nachhaltig zu gestalten. Wie der Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu bewältigen ist, dazu muss die Politik konkrete und umsetzbare Vorschläge machen. Der europäische Green Deal ist bisher nur ein Ideenwerk ohne klare Unterstützung und Investitionsstrategie für die unterschiedlichen Branchen. Es fehlt sowohl an einer begleitenden Informations- und Beratungslandschaft rund um das Thema nachhaltiges Wirtschaften als auch an passenden Bildungsangeboten in Schule, Aus- und Weiterbildung und Studium.

Die Energie- und Mobilitätswende in Deutschland wurde bisher politisch verschlafen, nun heißt es Fahrt aufnehmen. Der Ausbau erneuerbarer Energien darf jedoch nicht noch zu höheren Stromkosten für deutsche Unternehmen führen und auch der Ausbau von Bahn-, ÖPNV-Infrastruktur darf nicht zu übermäßiger Belastung ortsansässiger, mittelständischer Unternehmen führen. Statt Subventionen in Gießkannenmanier auszuschütten, sollte der Staat mit zielgerichteten

Steuererleichterungen anhand erreichter Nachhaltigkeitsziele als auch mit Finanzierungshilfen den Wandel unterstützen. Das fördert den Wettbewerb um die beste Technologie und sinnvolle Umsetzung vor Ort als Gesamtkonzept.

4.

Leistungsgerechte Steuer- und Ausgabenpolitik ermöglichen:

Steuer-Ungerechtigkeit zwischen Mittelstand, globaltätigen Unternehmen und großen Tech-Unternehmen beseitigen – Mittelstand steuerlich entlasten

Seit Jahren nimmt Deutschland hinsichtlich der Steuerbelastung weltweit einen Spitzenplatz unter den Industrienationen ein. Das schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland, verhindert notwendige Investitionen und verzerrt den Wettbewerb zu Gunsten anderer Nationen. Während Plattformökonomie und Crowdfunding in der digitalen Welt gang und gebe sind, hängen nationale und internationale Regulierungen wie das Steuerrecht und die Anpassung der Sozialversicherungssysteme hinterher. Die großen Tech-Unternehmen dieser Welt übernehmen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Macht. Ihre Monopolstellung sind Fluch und Segen zu gleich, ihre Steuerflucht geht hingegen eindeutig zu Lasten aller Volkswirtschaften. Milliarden verdienen, kaum Steuern zahlen: Das soll mit der globalen Mindeststeuer ein Ende haben. Hier sind internationale Abkommen zu treffen, nicht nur um Tech-Unternehmen, sondern auch grundsätzlich Großkonzerne in ihre gesamtgesellschaftliche Pflicht zu nehmen. Gewinne sind dort zu versteuern, wo sie entstehen und nicht durch Steueroasen und komplizierte Unternehmensverflechtungen zu verschleiern.

5.

Bürokratieabbau umsetzen:

Abbau von Bürokratie und transparente Kommunikation von Politik und Verwaltung mit der Wirtschaft und Einbezug in Gesetzgebungsverfahren – E-Government auf allen Verwaltungsebenen zum Standard erheben

Um Herausforderungen gemeinsam zu meistern, bedarf es einer klaren und transparenten Kommunikation – dies hat in den vergangenen Monaten jedoch leider nur bedingt funktioniert. Viele politische Entscheidungen sind quasi über Nacht getroffen worden – angefangen von den Landes-Verordnungen über Teststrategie und Home-Office-Pflicht. Sofort-

hilfen und Förderprogramme wurden zwar schnell aufgesetzt, aber haperte es an der technischen Umsetzung – teilweise monatelang und unter ständig veränderten Bedingungen.

Der Praxistest in der Umsetzung politischer Maßnahmen muss jedoch von vornherein mitgedacht, zugelassen und eingeplant werden. Dazu gehört auch die Bereitschaft, praxisuntaugliche Abläufe schnell zu korrigieren und anzupassen. Es zeigt sich, dass eine enge Einbeziehung der Unternehmer und ihrer Vertreter in Entscheidungs- und Vermittlungsprozesse sehr hilfreich war und Prozesse beschleunigen konnte, insbesondere auf Landesebene. Diese Erfahrung aller Beteiligten sollte dazu dienen, auch zukünftig bei wirtschaftsrelevanten Vorhaben und zu treffenden Regelungen in Form von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien stärker in den frühzeitigen Austausch zu treten.

Bei der Vielzahl an Informationen zu neuen Richtlinien und Verordnungen ist es vor allem für KMUs schwierig, den Überblick zu halten. Landesweite Service-Hotlines, Plattformen, Handreichungen und FAQs helfen dabei – oder auch die digitale Bearbeitung von Anträgen wie beim Kurzarbeitergeld oder Bauanträgen kann Bearbeitungsprozesse verschlanken und vereinfachen. Der Föderalismus hat regionale und ortsangepasste und mehr zielgenaue Entscheidungen ermöglicht, dennoch sollte die Politik darauf achten, dass sich der Flickenteppich an Verordnungen und Richtlinien in Grenzen hält. Grundsätzliche Entscheidungen sollten bundesweit gelten, rechtzeitig und rechtssicher in verständlicher Sprache kommuniziert werden.

Und auch E-Government, das in anderen europäischen Ländern längst zum Standard gehört, muss endlich Einzug in deutsche Beamtenstuben erhalten – das schließt ein agiles, kundenorientiertes und pragmatisches Handeln und Agieren aller Beteiligten ein. Dazu müssen Prozesse verschlankt werden, überflüssige Bürokratie abgebaut sowie Verantwortliche ihrer Entscheidungskompetenz wieder gerecht werden – lösungsorientiertes und unternehmerisches Denken ist dabei ausdrücklich erwünscht.

Unter Einbeziehung der Wirtschaft sollten daher überflüssige Verordnungen und Gesetze identifiziert und abgeschafft werden. Für jedes neue Gesetz bzw. jede neue Rechtsverordnung und Verwaltungsvorschrift müssen bestehende Regelungen mit gleich hohen Bürokratiekosten abgeschafft werden.

6.

Bildung neu denken: modern, smart & chancengleich:

von KiTa, über Schule, Ausbildung, Studium und Weiterbildung

Auch wenn sich der Arbeitsmarkt in vielen Branchen neu sortiert hat – der demografische Wandel und die Veränderung der Arbeitswelt durch Digitalisierung bleiben weiterhin die bestimmenden Themen. Die vergangenen Monate haben schonungslos die bildungspolitischen Versäumnisse der vergangenen Jahre offengelegt – und das Bildungsföderalismus kontraproduktiv ist. Neben den Betreuungsproblemen von Kindergarten und schulpflichtigen Kindern fielen auch wesentliche Inhalte in der schulischen und beruflichen Bildung und Studium weg. Welche Ausmaße die letzten Monate für die individuelle Entwicklung und Bildungsbiografie haben werden, ist nicht abschätzbar. Unsere Kinder sind die Fachkräfte von morgen, eine moderne Bildung ist Grundlage für eine moderne Gesellschaft und zukunftsträchtige Wirtschaft. Dazu muss auch die frühkindliche Bildung quantitativ und qualitativ durch Kita-Ausbau und Fachkräftesicherung unterstützt werden, digitale Bildung in allen Bildungsketten von Schule über Ausbildung und Studium auch in der Weiterbildung Einzug halten.

Der Digitalpakt Schule, mit seinen zusätzlichen Mitteln, ist jedoch an Schulen nach wie vor nicht angekommen – ein Unding. Hier braucht es höchste politische Priorität. Dabei geht es nicht nur um Hard- und Software und IT-Infrastruktur, sondern auch um Lehrpläne und die Art und Weise der Wissensvermittlung. Wenn wir eine nachhaltige moderne Gesellschaft und Wirtschaft aufbauen wollen, brauchen wir dazu die nötigen Zukunftskompetenzen. Interdisziplinäres, kreatives und kritisches Denken, kollaboratives Arbeiten, emotionale Intelligenz, werden wir nicht durch Frontalunterricht, veraltetes Wissen und Bulemielernen vermitteln können. Themen zu Nachhaltigkeit und Wirtschaft gehören genauso auf den Lehrplan wie politische Bildung, soziales Engagement und MINT-Fächer. Die Rolle der Lehrkraft zum Lernbegleiter nimmt hier eine elementare Rolle ein, eine moderne Lehreraus- und -fortbildung ist damit elementar wichtig – und zwar von der Grundschule über Berufsschule hinzu Studium und Weiterbildung. Dänemark, Schweden, Finnland, Estland machen es seit Jahren vor. Digitale Bildung und moderne Lehr- und Lernkonzepte sind dort schon lange eine Selbstverständlichkeit.

In der beruflichen Bildung ist lebenslanges Lernen seit jeher Bestandteil. Aus- und Weiterbildung brauchen in Zeiten stetigen Wandels jedoch flexible und moderne Bildungsformate, die sich inhaltlich und methodisch an den Anforderungen der Wirtschaft orientieren. Vor allem die duale Ausbildung ist zu stärken, digitale Lernortkooperationen zwischen Unternehmen, Berufsschule und überbetrieblichen Ausbildungszentren sollten Standard werden, um den Wandel in die Breite und vor allen Dingen auch in die Berufsschulen zu tragen. Digitale Bildung hilft außerdem Lehrermangel zu kompensieren, erspart lange Anfahrtswege und unnötige Kosten für Unterbringung und Verpflegung von Auszubildenden. Unterstützungsprogramme werden aber dringend auch für die Weiterqualifizierung von Beschäftigten gebraucht. Klein- und mittelständische Unternehmen haben selten die nötigen finanziellen und personellen Kapazitäten, Weiterbildung strategisch zu implementieren. Der Aufbau von Weiterbildungsverbänden kann hier Abhilfe verschaffen, eine Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen zu Themen von Digitalisierung und Nachhaltigkeit über unbürokratische Förderprogramme für den Mittelstand eine lohnenswerte Investition.



// Foto: Eckli Raff

»Wir haben in Deutschland 44,8 Mill. Beschäftigte. 21 % der Erwerbstätigen haben keinen Berufsabschluss. Wir reden von Fachkräftemangel, dabei haben wir eher einen Bildungsmangel. Lebenslanges Lernen gehört auch zu den Basics eines jeden Unternehmens. Mit Unterstützung vielfältiger Förderinstrumente, wie das Qualifizierungschancengesetz oder das Arbeit-von-morgen-Gesetz können Unternehmen ihre Mitarbeitenden in ihrer beruflichen Entwicklung fördern und zur Fachkräftesicherung beitragen. In einer sich ständig wandelnden Arbeitswelt muss Bildung zum Selbstverständnis werden und als wesentlicher Bestandteil zur Entwicklung von Fachkräften in der Gesellschaft noch mehr an Anerkennung gewinnen.«

Peggy Hildebrand GiBB mbH

Impulsgeber für bahnbrechende Innovation sind oftmals universitäre Forschung und Wissenschaft. Die Studierendenzahlen sind nach wie vor hoch – doch nicht selten streben hochqualifizierte Studierende eher den Karriereweg in Industrie und öffentlichem Dienst an, als im Mittelstand. Das führt nicht nur zu einer Fachkräftelücke, sondern verhindert wichtige Innovations- und Transformationsprozesse im Mittelstand und überlässt den Wettbewerb den großen Unternehmen. Hier ist die Politik gefragt, Forschung und Wissenschaft praxisnah für den Mittelstand zu gestalten – beispielsweise durch den verstärkten Aufbau dualer Studiengänge und eine Ausweitung von Betriebspraktika oder auch Anstrengungen, um junge Menschen für Unternehmertum zu begeistern.

7.

Konjunkturprogramm Mittelstand anschieben:

»Global denken – lokal handeln«: heimische Wirtschaft in Europa und der Welt verstehen
- Förderung des Aufbaus regionaler und/oder nachhaltiger Lieferketten und Produktionen als Systeme regionaler Kreislaufwirtschaften;
Unterstützung für besonders betroffene Branchen nach Corona - Unternehmerlohn in Krisenzeiten zur sozialen Absicherung
- negative Gewinnsteuer als kurzfristige Liquiditätshilfe für KMUs

Klein- und mittelständische Unternehmen bedürfen eigener Konjunkturprogramme. Branchenzugehörigkeit, Unternehmensgröße, Mitarbeiterzahlen sollten nicht die einzigen Entscheidungskriterien sein. Die Maxime »höher, schneller, weiter« spricht die Profitmaximierung wie bei den Großunternehmen hat ihre Grenzen erreicht. Nachhaltiges Wirtschaften im ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Einklang ist die Antwort für die Zukunft. Kleine und mittlere Unternehmen, vor allem die familiengeführten und regional verbundenen haben seit jeher den Fokus auf Authentizität, Persönlichkeit und Werte statt nur auf Effizienz und Effektivität. Ihnen fällt es daher oftmals, leichter resilienter, gegenüber Krisen und neuen Herausforderungen zu sein, vor allem dann, wenn sie finanziell auf soliden Beinen stehen. Sie sind zudem aufgrund ihrer Größe und Entscheidungshierarchien schneller in der Lage, zu reagieren und neue Strategien entsprechend umzusetzen. Voraussetzung sind eine schlanke Bürokratie, investitionsfreundliche Steuerpolitik, finanzielle Unterstützung bei Investitionen durch attraktive Konditionen von Bürgschaftsbanken, KfW

und Hausbanken sowie der Förderung von Aus- und Weiterbildung für qualifiziertes Personal.

Durch die Corona-Krise sind viele Unternehmen unverschuldet in Schieflage geraten. Vor allem in Ostdeutschland sind je nach Branche und Geschäftsmodell die Rücklagen nicht hoch, Investitionen in Anlagen und Personal stellen eine immense Herausforderung dar – personell wie finanziell. Förderprogramme sollten daher einfach in der Umsetzung sein, sodass sie in Eigenregie beantragt und umgesetzt werden können. Externe Berater braucht es nur bei größeren Herausforderungen bzw. in größeren Unternehmen. Leitfäden, Austausch mit anderen Unternehmen und Vorstellung von Best Practice erleichtern die Umsetzung (Hilfe zur Selbsthilfe). Regionale Netzwerke und Projekte sollten daher gezielt zur Geschäftsanbahnung und Austausch von Ideen oder auch gemeinsamen Projekten gefördert werden, die Wertschöpfungskette bleibt in der Region und die Steuern helfen den Städten und Kommunen bei der Reinvestition von Bildung, Infrastruktur, etc. Sie sind außerdem Grundlage für eine ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft und damit aktiven Klimaschutz. Zu regionalen Netzwerken gehören brancheninterne und -übergreifende Cluster in Stadt, Kommune, Land, aber auch in den Metropolregionen Hamburg und Berlin/ Brandenburg, dem Ostdeutschen Wirtschaftsraum als auch im europäischen Kontext zu skandinavischen, baltischen und osteuropäischen Partnern.

Doch sind auch die Auswirkungen der vergangenen Monate zu berücksichtigen, vor allem die Tourismuswirtschaft hat zusammen mit der Veranstaltungswirtschaft und dem Handel ein Sonderopfer erbracht. Nicht nur die finanziellen Belastungen sind immens hoch, auch der Fachkräftemangel erschwert den wirtschaftlichen Betrieb. Mecklenburg-Vorpommern lebt vom Tourismus und steht gleichzeitig in Konkurrenz zu anderen deutschen, touristischen Destinationen. Es ist sicher, dass in den nächsten Jahren der Urlaub vorrangig im Land stattfinden wird, die Chance sollte MV als Gastgeberland für innerdeutschen Tourismus nutzen. Kommen mehr Touristen ins Land, hilft das außerdem dem Einzelhandel wieder durchzustarten und Innenstädte zu beleben. Freizeiteinrichtungen wie Zoos, Indoor- und Outdooraktivitäten, Museen, aber auch Naturparks sowie kulturelle Veranstaltungen runden das touristische Angebot ab. Ausgelastete Gastronomie und Hotellerie regen zudem weitere Branchen an wie Reinigung, Handwerk, Baugewerbe, und natürlich insbesondere die Versorgungsketten von regionalen Bauern und Lieferanten sowie dem Großhandel. Es ist stärker in den sanften Tourismus

zu investieren und Unterstützungsprogramme sowie Investitionsanreize sollten an nachhaltige und regionale Ziele gekoppelt werden.



// Foto: DEHOGA MV

»Die aktuellen Bilder von vollen Stränden und gut besuchten Orten im Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern täuschen über die tatsächliche Situation in den Unternehmen hinweg. Das Gastgewerbe leidet gegenwärtig noch immer unter der monatelangen Zwangsschließung, insbesondere personell. Das fehlende Personal führt zwangsläufig zur Verknappung und zur Einschränkung in Auslastung und Umsatz. Dies vor dem Hintergrund deutlich gestiegener Kosten und der pandemiebedingt zusätzlich aufgenommenen Kreditlinien führt zu der düsteren Einschätzung. Mittel- und kurzfristig muss es darum gehen, die Lücke im Arbeits- und Fachkräftebedarf der Branche zu schließen. Darauf haben wir in ersten Gesprächen mit dem Land gedrungen. Gemeinsam mit Branchenvertretern, den Sozialpartnern und dem Wirtschaftsministerium wurden erste Eckpunkte für ein konzentriertes Vorgehen zusammengetragen. Bspw. muss neben der Erschließung des heimischen Potenzials (bspw. Berufs-Pendler, Langzeitarbeitslose und Menschen mit Einschränkungen) zukünftig auch darum gehen, den Zuzug in Arbeit von Menschen außerhalb Europas möglich zu machen bzw. hier das Fachkräfteeinwanderungsgesetz gangbar zu machen. Ein darüber hinaus wesentlicher Hebel steckt in der Ausbildung des eigenen Berufsnachwuchses. Auch hier gilt es Strategien zu entwickeln, wie einheimische Jugendliche und potenzielle Auszubildende außerhalb Europas gleichermaßen angesprochen werden.«

Lars Schwarz Präsident des DEHOGA Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Eine Stadt, eine Region, ein Land lebt von der Vielfalt der Menschen und der Unternehmen vor Ort. Zu einer gesunden Wirtschaft gehören Handwerksbetriebe, Einzelhandel, produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen, während Kulturschaffende, Kreative und Sportvereine den öffentlichen Raum und Gesellschaft auf vielfältige Art und Weise bereichern. Die vergangenen Monate haben jedoch gezeigt, Solo-Selbstständige, Freiberufler und Kleinunternehmen bedürfen eigener Unterstützungsmaßnahmen in Krisenzeiten. In den Soforthilfen war die Entnahme für die Aufrechterhaltung des eigenen Lebensunterhaltes jedoch ausgeschlossen. Es fehlt an rechtlichen und sozialstaatlichen Regeln, die auch die konkreten Lebens- und Erwerbslagen dieser Gruppe berücksichtigen. Ein angemessener Unternehmerlohn wäre eine pragmatische Lösung vor allem für Solo-Selbstständige und Kleinunternehmer gewesen.

Ebenfalls würde nutzen, statt Steuervorauszahlungen von den Konten der Unternehmen abzubuchen, dass die Finanzämter eine negative Einkommens- bzw. Körperschaftsteuer als Liquiditätssoforthilfe bzw. sogenannte »Negative Gewinnsteuer« zahlen. Hier dient der letzte Steuerbescheid als Bemessungsgrundlage. Auch eine deutlich erweiterte Verlustverrechnung mit Gewinnen vergangener oder künftiger Jahre ist empfehlenswert und sorgt für schnelle und unbürokratische Hilfen.

8.

Leistungsfähige Infrastruktur aufbauen, sicherstellen und erhalten:

Breitbandausbau und Funknetz vorantreiben sowie Förderung digitaler Investitionen in Wirtschaft, Verwaltung und Bildung; Investitionshilfe für Kommunen zur Aufrechterhaltung öffentlicher Investitionen – vereinfachte und beschleunigte Vergabe- und Genehmigungsverfahren – Qualität, Nachhaltigkeit und Regionalität vor Preis als Vergabekriterium.

Dass die Digitalisierung ein wichtiger Treiber ist und einen Wettbewerbsvorteil verspricht, hat sich an vielen Stellen gezeigt. Der Breitbandausbau als auch der Ausbau des Funknetzes müssen daher weiter, mit aller Kraft, vorangetrieben werden. Sie sind Grundlage für weitere Investitionen von Unternehmen. Zudem ist zu überlegen, welche Art von digitalen Investitionen gefördert werden sollten. Sei es beispielsweise die unterstützende Beratung bei der Digitalisierung von Arbeitsabläufen, die (Anteils)Finanzierung von Software und Technik oder gar der Entwicklung eigener Technologien in Zusammenarbeit mit Universitäten

und Fachhochschulen oder die schlichte Förderung von Beschäftigten im Bereich digitaler Kompetenzen.

Die Beschleunigung des Ausbaus von Breitband und Funknetz führt auch zu einer gesteigerten Wertschöpfung in Handwerk und Baugewerbe und sichert gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit sowohl regionaler Unternehmen als auch von Verwaltung und Bildung an Schulen, Universitäten und Bildungseinrichtungen. Neben Effizienzvorteilen können dank Digitalisierung neue Geschäftsmodelle und neue Märkte erschlossen werden, aber auch die Bürokratie zwischen Wirtschaft und Verwaltung abgebaut sowie deren Austausch und Service verbessert werden (beispielsweise Prüfung des Bearbeitungsstandes von Anträgen online, etc.). Damit digitale Anwendungen des öffentlichen Sektors zielführend sind, sollten sie intuitiv und ohne großes Anmeldeprozedere sein, sonst sind sie für die Anwender ohne Mehrwert, sondern mit Mehraufwand verbunden. Prämisse: Digitalisieren was Sinn macht und Sinn schafft.

Unterstützungsprogramme der Kommunen sollten sich ebenfalls an den Nachhaltigkeitszielen, Mobilität und Digitalisierung orientieren. Vergabeverfahren sollten vereinfacht und beschleunigt Vergabegrenzen erhöht werden. Qualität und regionale Ansässigkeit sollte vor dem Preis als Entscheidungskriterium dienen. Aufträge sollten auch an regional ansässige Unternehmen vergeben werden, damit über regionale Lieferketten und Wirtschaftsbeziehungen die Wertschöpfung vor Ort bleibt. Die Maßnahmen unterstützen die regionale Wirtschaft nach der Corona-Krise und sichern die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität von Wirtschaftsstandorten und Regionen sowie langfristig die Refinanzierung der Investitionen über zurückfließende Steuereinnahmen. Eine Entschlackung der Bürokratieprozesse ist auch hier unerlässlich – zeitintensive Vergabe- und Genehmigungsverfahren erschweren die Umsetzung wichtiger Maßnahmen, sei es im Bereich Bildung, Infrastruktur und Gewerbe. Dies ist ermüdend für Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft gleichermaßen.

Forderungen seitens der Wirtschaft an die Politik hat auch unser Dachverband, die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V., aufgestellt und vier Kernbotschaften formuliert:

// Anja Kirchner / Pamela Buggenhagen



« **Kernbotschaften der Wirtschaft**